

Verfassungsschutz belastet Fallahian

Irans Geheimdienstminister steht demnach im Zentrum des Ermittlungsverfahrens zum "Mykonos"-Attentat in Berlin

BONN/BERLIN/KARLSRUHE (eid). Der iranische Geheimdienstminister Fallahian steht demnach im Zentrum des Ermittlungsverfahrens zum "Mykonos"-Attentat. Die Bundesanwaltschaft übergab am Donnerstag dem Berliner Kammergericht folgende Behördenauskunft des BfV: Ein Arbeitsbereich des Direktorats für Auslandsoperationen des iranischen Ministeriums für Information und Sicherheit war direkt in den Mordanschlag auf Kurdenführer am 17. September 1992 in Berlin verwickelt. Dieser Bereich, der für Mordanschläge verantwortlich ist und als Einheit für Sonderoperationen bekannt ist, ist seit langem auf Mitglieder der Demokratischen Partei Kurdisen an (PDK-I) angesetzt. Nach Informationen des BfV hat das von Fallahian geleitete M

in dem kurz vor dem Mordanschlag ein Agenten-Team von Teheran nach Berlin beordert. „Das Team stimmte sich direkt mit in Berlin ansässigen Agenten ab, stellte Erkundungen an und legte die Pläne für den Mordanschlag endgültig fest.“ Danach flüchteten die Agenten „gemäß einem sorgfältig ausgearbeiteten Ausschleusungsplan“ nach Iran. Während des Attentats auf vier Exilpolitiker im Restaurant „Mykonos“ war ein weiterer Agent Fallahians anwesend. Dieser hat, so das BfV, die Opfer ausgespart. Nach Informationen des Tagesspiegels wird nun der rühmliche Wirt des „Mykonos“-Restaurants, der sich in der Nähe Düsseldorfs aufhalten soll, dringend verdächtigt, die Quelle des Fallahian-Ministeriums zu sein. Prozeßbeteiligte sehen den Schritt von Oberstaatsanwalt Jost, zu diesem Zeitpunkt die „zuverläss-

sigen Erkenntnisse“ zu übergeben, im direkten Zusammenhang mit dem gestern vom Tagesspiegel bekannt gemachten Treffen des Generalbundesanwalts mit Vertretern der Bundesregierung, die übergeordnete Gründe gegen einen Haftbefehl gegen Fallahian geltend machen. Der Vertreter der Nebenklage im „Mykonos-Prozeß“, Enrig, bezeichnete die Bonner Versuche, Druck auszuüben, als „skandalös“. „Die Rücksichtnahme der Bundesregierung auf die Beziehungen zu Iran hat ein Ausmaß erreicht, das nicht mehr erträglich ist.“ Wer die „eigentliche Verfolgung Fallahians behindert“, gefährde die innere Sicherheit, weil dies „weitere staatsterroristische Verbrechen“ begünstige.

MEINUNGSSEITE

AA000311